

Menschenwürdiges Wirtschaften

Die Diskussion um ein Lieferkettengesetz nimmt Fahrt auf

von Eva-Maria Reinwald



Aktionspostkarten der Initiative Lieferkettengesetz an Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier.

© Initiative Lieferkettengesetz

Die Ergebnisse waren eindeutig: Eine zweite und abschließende Befragung großer Unternehmen im Auftrag der Bundesregierung in diesem Jahr ergab, dass nur 13 bis 17 Prozent von ihnen den Anforderungen zur Achtung von Menschenrechten in ihren Lieferketten nachkommen.¹ Mit dem Ergebnis der Umfrage war nach einer vorangegangenen Befragung 2019 und Ergebnissen externer Studien nun auch der letzte Beweis erbracht: Freiwillig unternehmen Firmen nicht genug, um menschenrechtlichen Problemen wie Kinderarbeit auf Plantagen, Gesundheitsgefahren und Zwangsarbeit in Fabriken oder der Zerstörung von Lebensgrundlagen im Bergbau zu begegnen.

Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht für diesen Fall ein Lieferkettengesetz vor, das Unternehmen gesetzlich verpflichtet, Risiken für Men-

¹ Die angegebene Spannweite resultiert aus Unsicherheiten bei der Zuordnung von Unternehmen in die Kategorie „vollständige Erfüller“ der Anforderungen.

schenrechte in ihren Auslandsgeschäften zu ermitteln, Maßnahmen zur Vorsorge und Behebung von Missständen zu ergreifen, darüber zu berichten und Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene einzurichten.

Entwicklungsminister Gerd Müller und Arbeitsminister Hubertus Heil, die in der Bundesregierung für eine solche Regelung eintreten, verkündeten nach Bekanntgabe der Umfrageergebnisse im Juli 2020, dass sie nun Eckpunkte für ein solches Gesetz mit dem Bundeskabinett abstimmen und anschließend einen Gesetzesentwurf vorlegen wollen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel, die bislang auf das Prinzip freiwilliger Unternehmensverantwortung setzte, stellte sich hinter diese Ankündigung. – Ein großer Erfolg für die Initiative Lieferkettengesetz, einem Bündnis von mehr als 100 Organisationen aus umwelt- und entwicklungspolitischer Zivilgesellschaft, aus Kirchen und Gewerkschaften, das seit einem Jahr für einen gesetzlichen Rahmen streitet. Mehr als 222.222 Menschen haben die an Angela Merkel gerichtete Petition des Bündnisses unterzeichnet, in der ein starkes Lieferkettengesetz noch in dieser Legislaturperiode gefordert wird.

Auch wenn eine gesetzliche Regelung nun in greifbarere Nähe rückt, bleibt unsicher, ob diese kommt und, falls ja, ob ihre Inhalte stark genug sein werden, tatsächlich Wirkung zu entfalten. Denn das Wirtschaftsministerium als starker Gegner des Gesetzes wird alles daransetzen, das Gesetz zu verhindern bzw. seine Inhalte abzuschwächen. Ab welcher Größe werden Unternehmen zum Handeln verpflichtet? Wird das Gesetz Menschenrechte und Umweltbelange gleichermaßen berücksichtigen? Werden Betroffene, die z. B. Angehörige bei einem Fabrikbrand verloren haben oder Gesundheitsschäden durch mangelnden Arbeitsschutz erleiden, die Möglichkeit haben, gegen ein Unternehmen in Deutschland zu klagen, wenn der Schaden durch angemessene Vorsorgemaßnahmen hätte verhindert werden können?

Es wird ein „heißer Herbst“ in der politischen Debatte um ein Lieferkettengesetz. Und die Corona-Pandemie zeigt einmal mehr, wie wichtig Transparenz und vertrauensvolle Lieferbeziehungen sind. Deshalb: Der Einsatz für einen gesetzlichen Rahmen ist wichtiger denn je!

Neue Angebote zum Mitmachen

- E-Mail- und Postkartenaktion an Minister Peter Altmaier:
Fordern Sie Minister Altmaier mit einer E-Mail auf, seine Blockadehaltung aufzugeben (Mitmachen auf „lieferkettengesetz.de“). Auch Aktionspostkarten mit derselben Botschaft sind bestellbar.
- Aktiv mit Abstand:
Die Corona-Pandemie und die mit ihr verbundenen Kontaktbeschränkungen stellen das Engagement für ein Lieferkettengesetz vor Herausforderungen. Möglichkeiten des Aktivwerdens stellt ein neues Info-Papier von SÜDWIND vor. Das Papier kann von der Internetseite www.suedwind-institut.de/recht-und-gerechtigkeit.html heruntergeladen werden. So gibt es z. B. neue Schablonen für Sprühkreideaktionen zum Lieferkettengesetz.
- Ausstellung „Schafft Recht und Gerechtigkeit“ – jetzt mit Bildungs-App:
Eine Ausstellung zum Lieferkettengesetz ist als Plakatausstellung bestellbar, aber auch als Roll-Up-Ausstellung entleihbar, z. B. beim Mauritiushaus Niederndodeleben (<https://tinyurl.com/AusstellungLKG>). Ein neues digitales Quiz mit Hintergrundinformationen zu den Themen der Ausstellung gibt es über die App Actionbound (verlinkt auf der eben genannten Seite).

Eva-Maria Reinwald

Wissenschaftliche Mitarbeiterin

SÜDWIND e. V. – Institut für Ökonomie und Ökumene

Kaiserstraße 201 | 53113 Bonn

Tel.: 0228 763698-21

reinwald@suedwind-institut.de | www.suedwind-institut.de